

AMNESTY INTERNATIONAL PRESS RELEASE

(unauthorisierte Übersetzung der Haiti-Kogruppe)

AI Index: AMR 36/060/2004 (Public)
News Service No: 284
11 November 2004

Haiti: Amnesty International ruft die Interimsregierung dazu auf, eine unabhängige Kommission einzurichten, welche die summarischen Hinrichten untersuchen soll, die der Haitianischen Nationalpolizei zugeschrieben werden.

- Dienstag, 26. Oktober, Fort National, Port-au-Prince. Personen, bei denen es sich Berichten zufolge um Mitglieder der Polizei handelt, dringen in ein Haus ein und töten mindestens sieben Menschen ;

- Mittwoch, 27. Oktober, Carrefour Péan, Port-au-Prince. Vier junge Männer werden bei Tageslicht auf offener Straße durch Männer getötet, die schwarze Uniformen und Sturmhauben tragen. Zeugen identifizieren ihre Fahrzeuge als Streifenwagen der Polizei.

- Martissant, Oktober. Ein 13-jähriges Straßenkind wird in der Nähe des Staatstheaters durch die Marinepolizei festgenommen. Auf der Polizeistation wird er über die Verstecke der „chimères“ (bewaffnete Banden, von denen man sagt, dass sie Aristide Unterstützer seien) verhört und von der Polizei brutal geschlagen, während er in Handschellen war und verbundene Augen hatte.

- Martissant, 20. Oktober. Ein Mann wird vor Zeugen von Personen in schwarzen Uniformen und Sturmhauben festgenommen. Sie stülpen ihm eine Plastiktüte über den Kopf bevor sie ihn brutal schlagen. Er wird in einer Polizeistation in der Hauptstadt in Gewahrsam genommen.

Am Ende eines 18-tägigen Besuchs im Land, während welchem eine Delegation, geleitet von Javier Zúñiga, Berater der Generalsekretärin, nach Port-au-Prince, Mirebalais, Hinche, Cap-Haïtien, Gonaïves und Petit-Goâve reiste, kommt Amnesty International zu dem Schluss, dass es ernsthafte Probleme mit der Funktionsweise des Justizsystems im Allgemeinen und der Polizei im Speziellen gibt. Diese Probleme müssen von der Interimsregierung dringend angesprochen werden.

Amnesty International ist tief besorgt über Berichte unabhängiger Quellen, die von schweren Menschenrechtsverletzungen, wie willkürlichen Festnahmen, Misshandlungen in Gefängnissen und extralegalen Hinrichtungen berichten, die von Mitgliedern der Haitianischen Nationalpolizei (Police Nationale d'Haïti) begangen werden.

Die Organisation erhielt detaillierte Berichte von Zwischenfällen, in denen Personen, die in schwarz gekleidet waren, Sturmhauben trugen und in Fahrzeugen mit der Aufschrift der Nationalpolizei fuhren, in Tötungen verwickelt waren, die in den letzten zwei Wochen mindestens 11 Personen das Leben kosteten.

Javier Zúñiga sagte, dass nur eine unabhängige, überparteiliche und transparente Untersuchung, durchgeführt unter der Leitung der Internationalen Zivilen Polizeikräfte, das Vertrauen der Bevölkerung in die für die Strafverfolgung zuständigen Institutionen sowie in die Arbeit der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSTAH) wiederherstellen könne.

Diese Aufforderung wurde, zusammen mit anderen Anliegen von Amnesty International, dem Premierminister Haitis, Gerard Latortue, während eines Treffens übergeben, an dem auf eigenen Wunsch auch Justizminister Bernard Gousse, Innenminister Hérard Abraham und der Generaldirektor der Haitianischen Nationalpolizei Léon Charles teilnahmen, sowie der Sonderbeauftragte des UN Generalsekretärs Juan Gabriel Valdés, sein Stellvertreter Adama Guindo, der Kopf der Internationalen Zivilen Polizeikräfte David Lee sowie weitere Mitglieder der Interimsregierung und der MINUSTAH.

Amnesty International erkennt die Schwierigkeiten an, denen sich die Interimsregierung momentan gegenüber sieht, von denen viele auf Handlungen der ehemaligen Regierung unter Jean Bertrand Aristide zurückzuführen sind. Allerdings ist Amnesty International der Meinung, dass keine dieser Schwierigkeiten von Staatsbeamten als Rechtfertigung für Menschenrechtsverbrechen in völliger Straflosigkeit benutzt werden dürfen.

Amnesty International erinnerte die Regierung auch an seine absolute und uneingeschränkte Verurteilung der Tötung von Polizeibeamten und anderer Missbräuche durch illegale bewaffnete Banden, unabhängig ihrer politischen Zugehörigkeit, so wie es in der öffentlichen Stellungnahme vom 8. Oktober 2004 zu lesen ist, in der steht dass Amnesty International die Enthauptung eines Polizeibeamten, mutmaßlich durch Lavalas Unterstützer, aufs schärfste verurteilt (AMR 36/054/2004).

Was das Justizsystem angeht, drückte Amnesty International dem Premierminister gegenüber Besorgnis bezüglich der Situation der Illegalität aus, die dadurch entsteht, dass mehrere Polizeistationen von demobilisierten Mitgliedern des Militärs besetzt wurden, die de facto gerichtliche Aufgaben verrichten, indem sie Haftbefehle von Friedensrichtern (juges de paix), Untersuchungsrichtern (juges d'instruction) und Regierungsbeauftragten (commissaires du gouvernement) umsetzen. Das Festhalten von Personen in Gebäuden, die von demobilisierten Soldaten kontrolliert werden ist gleichsam ungesetzlich und erhöht die Verwundbarkeit der betreffenden Insassen. Amnesty International ruft die Interimsregierung dazu auf, ein sofortiges Ende dieser Situation herbeizuführen, die in einigen Fällen in unmittelbarer Nähe von MINUSTAH Stützpunkten stattfand.

Amnesty International ist außerdem überrascht über die steigende Zahl von Personen, die die Nationalpolizei ohne folgende Gerichtsverfahren festhält. Die Tatsache, dass mehrere dieser festgenommenen Personen über lange Zeiträume hinweg ohne Anklage festgehalten werden macht diese Festnahmen ungesetzlich.

Amnesty International glaubt, dass der Mangel an einem effektiven Entwaffnungsprogramm für das ganze Land einen Hauptgrund für die gegenwärtige Krise darstellt und wiederholt somit seine Forderung gegenüber der Interimsregierung und der MINUSTAH diesbezüglich ihrer Verantwortung nachzukommen.

Zum Schluss warnte Javier Zúñiga die Interimsregierung vor der drohenden humanitären Krise, die sich in Cité Soleil in der Abwesenheit jedweder Staatsautorität entwickelt. Cité Soleil ist unter der Kontrolle politisch- und kriminell motivierter rivalisierender bewaffneter Gruppen. Die Bevölkerung von Cité Soleil hat Berichten zufolge keine Bewegungsfreiheit. Das Recht auf Gesundheit, Nahrung, Bildung und physische Unversehrtheit der Bewohner dieser Gegend der Hauptstadt wird täglich dadurch verletzt, dass das Krankenhaus und Schulen geschlossen wurden und es Schwierigkeiten gibt die Nahrungsmittel Hilfsgüter zu verteilen. Amnesty International hat des weiteren Augenzeugenberichte über Gruppenvergewaltigungen von Frauen durch bewaffnete Täter erhalten. Neben dem physischen und psychischen Leiden durch den Missbrauch, haben die Opfer solcher Missbräuche keinen Zugang zu medizinischer oder rechtlicher Beratung.

Amnesty International ist der Ansicht, dass das Mandat der MINUSTAH, das wie in der Resolution 1542 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 30. April 2004 beschrieben, das Mandat einschließt, Zivilbevölkerung unter unmittelbarer Gefahr der körperlichen Gewalt zu schützen, in Cité Soleil umgesetzt werden sollte.

AMNESTY INTERNATIONAL PRESS RELEASE

(unauthorisierte Übersetzung der Haiti-Kogruppe)

AI Index: AMR 36/002/2005 (Public)
News Service No: 112
29 April 2005

Haiti: National Polizei muss für die Tötung von Zivilisten zur Rechenschaft gezogen werden

Die Anwendung tödlicher und wahlloser Gewalt durch die Polizei, um Demonstranten auseinander zu treiben und zurück zu drängen, führt nur zu weiteren Spannungen in dem bereits durch Gewalt zerrissenen Land, sagte Amnesty International heute in Zusammenhang mit seiner Verurteilung der Repressionen gegen Anhänger der Lavalas Partei durch die Haitianische Nationalpolizei (HNP) in Port-au-Prince am 27. April.

Berichten zu Folge eröffneten Polizeibeamte das Feuer auf Lavalas Unterstützer, die in der Nähe des Hauptquartiers der UN Mission in Bourdon, Port-au-Prince demonstrierten.

Mindestens 5 Menschen starben während der Demonstration und 4 weitere starben Berichten zufolge später an den Folgen ihrer Verletzungen. Mehrere Demonstranten und Zuschauer wurden verletzt.

"Die Unterdrückung dieser friedlichen Demonstration ist kein Einzelfall. Die Unsicherheit und anhaltende Konfrontation mit bewaffneten Gruppierungen darf nicht als Vorwand genutzt werden, gegen Demonstranten und das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorzugehen", sagte Amnesty International.

Amnesty International ruft die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) dazu auf, ihrem Mandat nachzukommen, die Zivilbevölkerung, unter unmittelbarer Gefahr durch physische Gewalt, zu schützen und seine Kapazitäten der Überwachung aller Aktivitäten der Nationalpolizei zu stärken.

"Wir befürchten eine Eskalation der Gewalt, da die Wahlen bevorstehen und rufen alle Seiten der gegenwärtigen politischen Krise, die Polizeikräfte eingeschlossen, dazu auf, Anstrengungen zu unternehmen ihre Differenzen friedlich zu lösen," sagte Amnesty International.

MINUSTAH und CIVPOL Beamte müssen eine komplette, unabhängige und öffentliche Untersuchung der Tötungen durchführen und helfen, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Amnesty International ruft auch die internationale Gemeinschaft dazu auf, bei der haitianischen Interimsregierung darauf zu drängen, dass der Schutz von Menschenrechten und Meinungs- und Versammlungsfreiheit gesichert wird.

"Im Vorfeld der Gemeinde- und Präsidentschaftswahlen ist das Aufflackern ansteigender politischer Gewalt latent, da die Implementierung eines dringend benötigten Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramms auf unentschuldbare Weise verzögert wird."

Hintergrundinformation

Mehr als ein Jahr nachdem eine Interimsregierung in Haiti installiert wurde, nachdem der ehemalige Präsident Jean Bertrand Aristide durch eine bewaffnete Rebellion gestürzt wurde, hat sich die Menschenrechtssituation gravierend verschlechtert. Seit September 2004 ist die Gewalt eskaliert und hat besorgniserregende Maße angenommen. Die Anzahl der Opfer beläuft sich neueren Berichten zufolge auf mehr als 600 Personen, trotz der Präsenz eines fast 7000 Personen starken Kontingents der UN, das laut Mandat das Land sichern und die Bevölkerung schützen soll. Angehörige der Nationalpolizei waren Berichten zufolge an mehreren summarischen und ungesetzlichen Tötungen beteiligt, die noch immer ungelöst bleiben und deren Täter noch nicht zur Verantwortung gezogen wurden.